K-2 Ein solidarisches Europa in einer instabilen Welt!

Antragsteller*in: Ali Khadem
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

In einer Ära, in der Populismus und Nationalismus wieder erstarken und viele nationale Führer*innen die internationalen Normen und Vereinbarungen herausfordern,
stellt sich Europa als Leuchtturm der Hoffnung und der Stabilität dar. Es ist das Erbe Europas, eine Tradition der Aufklärung, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Dieses Erbe darf nicht von kurzfristigen politischen Interessen oder von machtpolitischen Spielen beeinflusst werden.

Gleichzeitig sind die Herausforderungen, denen sich Europa gegenübersieht, nicht nur extern, sondern auch intern. Der Anstieg des Populismus in einigen europäischen Ländern, wirtschaftliche Disparitäten und soziale Spannungen verlangen nach einer stärkeren und vereinteren Reaktion. Wenn Europa zusammensteht, mit einer gemeinsamen Stimme spricht und kollektiv handelt, kann es als ein entscheidender Faktor auf der Weltbühne agieren.

Es reicht nicht aus, nur Reaktionen auf globale Krisen zu zeigen. Europa muss proaktiv werden, Initiativen ergreifen und Lösungen für globale Probleme anbieten. Es muss Partnerschaften mit anderen demokratischen Ländern und Regionen fördern und sich für eine gerechtere und stabilere Weltordnung einsetzen.

Jetzt ist die Zeit für Europa, seine Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wiederzuentdecken und sie mit Entschlossenheit zu verteidigen. Dies erfordert Mut, Zusammenhalt und Innovation. Aber vor allem erfordert es Solidarität – eine Solidarität, die über Kontinente hinweg resoniert und die Hoffnung für all jene darstellt, die nach Gerechtigkeit, Frieden und einer besseren Zukunft streben.

Ein Aufruf zur Handlung: Europa muss sich solidarisch zeigen:

Die Menschen, die gegen Autokratie und Unterdrückung kämpfen, verdienen unsere volle Unterstützung. Und genau hier muss ein solidarisches Europa einstehen: Durch diplomatischen Druck, durch Sanktionen gegen autokratische Regime und durch Unterstützung für Demokratiebewegungen und zivilgesellschaftliche

Organisationen.

Jeder Mensch, egal wo auf der Welt, sollte das Recht haben, in Freiheit und Sicherheit zu leben. Und in Zeiten, in denen dieses Recht bedroht ist, muss Europa seine Stimme erheben und handeln. Es ist an der Zeit, dass wir unsere europäischen Werte nicht nur predigen, sondern auch praktizieren. Denn nur ein solidarisches Europa kann eine Instanz der Stabilität in einer zunehmend instabilen Welt sein.

In einer Welt, in der das Recht jedes Einzelnen, in Freiheit und Sicherheit zu leben, bedroht ist, sollten die demokratischen Grundlagen und Freiheiten immer an erster Stelle stehen. Es ist unsere Pflicht, die Europäische Union nicht nur als Bollwerk gegen diese Bedrohungen zu stärken, sondern auch aktiv dafür zu sorgen, dass Demokratieförderung und Unterstützung im Kern unserer Außenbeziehungen und Außenpolitik verankert sind.

Denn nur so können wir sicherstellen, dass die Werte, die wir als Europäer*innen schätzen, auch in anderen Teilen der Welt geschützt und gefördert werden.

Demokratie Stärken: Bildung & Kapazität im Fokus!

Um die Demokratie nachhaltig zu stärken, müssen wir uns neu orientieren und den Schwerpunkt auf Bildung und Kapazitätsentwicklung legen.

In enger Abstimmung mit den EU-Agenturen und den Mitgliedstaaten sollte die Hohe Vertreter*in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sicherstellen, dass demokratische Werte in allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen. Wir rufen den Rat der Europäischen Union auf, eine klare Strategie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verabschieden, die die weltweite Unterstützung der Demokratie fördert.

Zur effektiven Stärkung der Kapazitäten ziviler demokratischer Widerstandsbewegungen schlagen wir die Einrichtung spezieller Arbeitsgruppen vor, die sowohl auf EU-Ebene als auch innerhalb der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Diese Arbeitsgruppen sollten sich mit der Neuorientierung und Optimierung der Unterstützungsmechanismen für diese Bewegungen befassen. In diesem Zusammenhang kommt der Einrichtung eines speziellen Fonds zur Bekämpfung des Autoritarismus und zur Unterstützung demokratischer ziviler Widerstandsbewegungen eine zentrale Bedeutung zu.
Die Mittel dieses Fonds müssen in innovative Programme investiert werden, die sich auf Bildung, Kapazitätsaufbau, Streikhilfe und die Zusammenarbeit von Dissidenten konzentrieren.

Als Grüne Jugend setzen wir uns für eine proaktive Rolle der wichtigsten EU-Institutionen bei der Unterstützung demokratischer ziviler Widerstandsbewegungen ein. Finanzielle Mittel sollten flexibel und mehrjährig zur Verfügung gestellt

werden, um eine nachhaltige Planung und Anpassung an die sich entwickelnden Bedürfnisse der zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu ermöglichen. Besonders die mehrjährige Förderung für Ausbildung und Kapazitätsaufbau sollte erhöht werden, um schnell auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bewegungen reagieren zu können.

Die EU sollte ihre konvenierende Macht nutzen, um internationale NGOs, die Zivilgesellschaft und Aktivist*innen in der Frühphase von Bewegungen zusammenzubringen. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung von Plattformen für den Austausch von Visionen und Strategien für demokratische Übergänge und die Schaffung beratender Expert*innen-Gruppen, die in Übergangsprozessen beraten können. Zudem sollten Ressourcen bereitgestellt werden, um ein günstiges regulatorisches Umfeld für Menschenrechtsbewegungen zu schaffen. Hierzu gehört das Eintreten für Rechtsreformen und die Bereitstellung von rechtlicher und finanzieller Soforthilfe für Aktivist*innen.

Um sicherzustellen, dass die oben skizzierten Maßnahmen nicht nur kurzfristige Abhilfe schaffen, sondern nachhaltige Veränderungen bewirken, legen wir großen Wert auf Bildung und Information. Daher fordern wir eine Erhöhung der mehrjährigen Finanzierung von Bildungsressourcen für internationale Aktivist*innen. Dies sollte die Entwicklung von frei zugänglichen Bildungsmaterialien über zivilen Widerstand in mehreren Sprachen einschließen.

Das Zeitalter der proaktiven internationalen Hilfe

Damit legen wir den Grundstein für ein noch ambitionierteres Unterfangen: die Etablierung eines "Rechts auf Unterstützung" (R2A), das als moralischer und rechtlicher Kompass in internationalen Belangen dienen muss.

Das Prinzip von R2A ist grundlegend: Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Unterstüzung anzufordern und zu erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Es ist nicht nur ein Instrument der internationalen Solidarität, sondern respektiert auch die Grundprinzipien des Volkerrechts. Sie wird aktiviert, wenn Staaten ihren grundlegenden menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen, und dient als Rahmen für koordinierte internationale Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen.

Diplomatie am Puls der Demokratiebewegung

Wir setzen uns für die Etablierung einer multilateralen Task Force ein, die das Konzept eines global anerkannten R2A ausarbeitet. Diese Plattform sollte sich nicht nur auf die Rechtssituation konzentrieren, sondern auch praktikable Mechanismen für die Umsetzung in Krisensituationen entwickeln. Um den Erfolg dieses ambitionierten Vorhabens zu gewährleisten, rufen wir dazu auf, angemessene finanzielle und personelle Ressourcen für die Arbeit dieser Plattform zur Verfügung zu stellen.

Priorität muss die Einhaltung der internationalen Menschenrechtsgesetze und -standards haben. Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, ihr Engagement in diesem Bereich zu verstärken. Besonders die Unterstützung ziviler Widerstandsbewegungen sollte als Ausdruck internationaler Solidarität und als Teil von R2A gewürdigt werden.

Auf diplomatischer Ebene sollte die Umsetzung von R2A institutionalisiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in den diplomatischen Vertretungen der EU spezialisierte Stellen eingerichtet werden, die sich ausschließlich mit R2A und seiner Umsetzung befassen. Diese Diplomat*innen sollten als Schnittstelle zwischen der internationalen Gemeinschaft und lokalen Aktivist*innen fungieren und eng mit der R2A Task Force kooperieren. Diplomatische Vertretungen in Schlüsselländern sollten spezielle Beauftragte für den Dialog mit pro-demokratischen Bewegungen haben. Die Ausbildung von Diplomat*innen muss ebenfalls aktualisiert werden, um einen Fokus auf zivilen Widerstand und demokratische Übergänge zu legen. Dies wird unsere diplomatischen Bemühungen effektiver machen und an die aktuellen Herausforderungen anpassen.

Wir setzen uns für die Schaffung einer neuen Koordinierungsstelle zur Förderung der Demokratie ein. Diese Stelle würde unter der Schirmherrschaft der EU, der G7 oder einer ähnlichen Koalition demokratischer Staaten stehen. Deren wichtigste Aufgaben wären die moralische, rechtliche und finanzielle Unterstützung von Demokratiebewegungen und die Durchführung von Studien zur Identifizierung von Sanktionszielen.

Die unersetzliche Rolle der Medien im Zeitalter der Desinformation

Nicht zuletzt darf die Rolle der Medien nicht vernachlässigt werden. Die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen und Krisensituationen ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit von R2A-Initiativen. Daher fordern wir die EU auf, Medienorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind, sowohl finanziell als auch technisch zu unterstützen.

Um insbesondere den Diskurs zu bereichern und vielfältige Perspektiven einzubeziehen, rufen wir zur Etablierung von ständigen Multi-Stakeholder*innen-Dialogen auf. Diese sollten dedizierte Foren und Konsultationsmechanismen umfassen und eine breite Palette von Interessengruppen, von Regierungen und NGOs bis hin zu Aktivist*innen, in die Umsetzung von R2A integrieren.

Europas Engagement für eine demokratische Welt

Mit der Umsetzung dieser vielschichtigen Maßnahmen wird die EU nicht nur ihrer moralischen und rechtlichen Verantwortung für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten gerecht, sondern schafft auch einen robusten und vielseitigen Rahmen für die Umsetzung eines "Rechts auf Unterstützung". Dies ist eine humane und wirksame Antwort auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit. Darüber

hinaus ermöglicht sie der Union eine proaktive und wirksame Außenpolitik in einer zunehmend instabilen Welt. Mit dieser integrierten Strategie können wir nicht nur unsere eigenen demokratischen Werte verteidigen, sondern auch eine führende Rolle bei der weltweiten Förderung der Demokratie übernehmen. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass die Europäische Union den vielschichtigen Herausforderungen einer zunehmend komplexen geopolitischen Landschaft wirksam begegnen kann.

Begründung

erfolgt mündlich